

Gegendarstellung

Nürnberg, 24.01.2016

Sehr geehrte Parteifreundinnen und Parteifreunde,
liebe Mitglieder des Bezirksverbandes Mittelfranken der AfD!

Ich wende mich heute im Einverständnis mit dem bayrischen Landesvorstand direkt an Sie, weil der amtierende Bezirksvorstand Mittelfranken in seinem **Rundschreiben vom 22.01.2016** und Einladung zur Mitgliederversammlung am 30.01.2016 eine

Erklärung des Bezirksvorstands Mittelfranken zu den Forderungen von Dr. Wolfgang Dörner

abgegeben hat, die falsche Schlüsse zulässt und der Wahrheit und Bedeutung der Sache und meiner Person nicht gerecht wird.

Der Bezirksvorstand mit den Herren Lang, Haas, Weth und Aust behaupten im Ergebnis, meine Anliegen auf Wiederherstellung von Ehre und Ruf sowie auf Rückerstattung gewährter Darlehen wegen verauslagter Kosten, die dem Bezirksverband nach einem innerparteilichen und außerparteilichen Rechtsstreit mit dem Landesverband entstanden sind, seien unzutreffend.

Diese Erklärung des amtierenden, aber derzeit nicht beschlussfähigen Bezirksvorstandes ist nicht richtig. Insbesondere die Erklärung, meine Forderung nach Kostenerstattung sei unbegründet, ist falsch und geeignet, erneut meine Ehre und Glaubwürdigkeit in Zweifel zu ziehen.

Ich bitte Sie deshalb von der nachfolgenden Kurzdarstellung der Ereignisse und Begründetheit meiner Forderung Kenntnis zu nehmen, damit Sie in der für 30.01.2016 anberaumten Bezirksversammlung ausgewogen entscheiden können.

Dafür möchte ich Ihnen bereits jetzt danken.

Sachverhalt und Begründung zur Forderungssache

Dr. Dörner, ehemals Vorsitzender des BV-Vorstandes
gegen
Bezirksverband Mittelfranken

1.) Aktiv und Passivlegitimierung

Die beiden Verfahren vor dem LG Nürnberg/Fürth wegen rechtswidriger Amtsenthebung des Bezirksvorstandes Mittelfranken durch den Landesvorstand Bayern waren zivilgerichtliche Auseinandersetzungen zwischen Bezirksverband, vertreten durch den Bezirksvorstand als Kläger und dem Landesverband, vertreten durch den Landesvorstand als Beklagte.

Die Prozessbeteiligung der Bezirksvorstandsmitglieder Dr. Dörner, Petra Oswald, Peter Hirscher ergab sich ausschließlich aus deren Vorstandsamt und nicht als Privatperson, wie es die Erklärung des amtierenden Bezirksvorstand glaubend machen will.

Die Adressierung der Prozesspost (Rechnungen, Klageschrift, Gerichtsentscheidung) an die Privatadresse von Dr. Dörner liegt in dessen Eigenschaft des damaligen Bezirksvorsitzenden

begründet, da gem. Satzung in Ermangelung einer Bezirksgeschäftsstelle die Privatadresse des Vorsitzenden als BV-Geschäftsadresse gilt.

2.) Keine Privatangelegenheit

Die Klagebegehren erfolgten jeweils in Wahrnehmung des Amtes und im Interesse des Bezirksverbandes nach den Regeln des Partei- (Satzung/Schiedsgerichtsordnung) und des Verbandsrechts (BGB). Es ging niemals um eine persönlich-privatrechtliche Auseinandersetzung, sondern stets um eine parteiverbands-funktionelle Angelegenheiten.

Angefangen hat es mit unserem Versuch, die Handlungsfähigkeit des Bezirksvorstandes durch Terminierung der Schatzmeisternachwahl (05.06.2014) wieder herzustellen. Dies wurde, wie schon zweimal zuvor, durch Maßnahmen des Landesvorstandes verhindert. Es war geradezu unsere Pflicht, gegen diese rechtswidrige Amtsenthebung durch den Landesvorstand unter Ausschöpfung aller zunächst intern schiedsgerichtlich und schließlich zur Fristwahrung auch extern vor einem ordentlichen Landgericht vorzugehen.

3.) Rechtswidrigkeit der Amtsenthebung

Die Rechtswidrigkeit der Amtsenthebung ergibt sich aus dem materiellen und formellen Satzungsrecht in Ermangelung tragfähiger Gründe und rein willkürlichem Verhaltens des damaligen Landesvorstandes, das uns als demokratisch gewählten Bezirksvorstand an der Ausübung unseres Amtes tatsächlich gehindert hat.

Deutlich wird dies bereits daran, dass das LG Nürnberg-Fürth mit Beschluss, Az.: 9 O 3888/14, Eilbedürftigkeit und Verfügungsanspruch (Zulässigkeit) unseres Begehrens für eine einstweiliger Anordnung durch ein ordentliches Gericht anerkannte, später aber nicht in unserem Antragssinne entschieden hat, weil der Landesvorstand uns die Amtsausübung eingeräumt hat.

Auch das Bundesschiedsgericht hat in seiner Eilentscheidung vom 28.07.2014 die Rechtswidrigkeit des Vollzugs der Amtsenthebung festgestellt (wenn auch verspätet) und erklärt, dass die Amtsenthebung aufgrund der aufschiebenden Wirkung der Anrufung des Bundesschiedsgerichtes rechtlich nicht vollziehbar gewesen sei und uns deshalb die tatsächliche Amtsausübung erlaubte, bis es zu einer endgültigen Entscheidung im Hauptsacheverfahren kommt.

4.) Tatsächliche Hinderung an der Amtsausübung

Trotz Kenntnis dieser Umstände und Verhältnisse in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht behandelte uns der damalige Landesvorstand unter Vorsitz von Herrn Wächter so, als wären wir als damaliger Bezirksvorstand Mittelfrankens rechtswirksam unseres Amtes enthoben.

So wurden uns die IT-Zugänge und Informationsrechte (z.B. Beteiligung am Funktionärs-Account) entzogen oder das Recht zur Organisation und Durchführung Veranstaltungen untersagt. So musste der KV Nürnberg als Veranstalter für Versammlungen (z.B. mit Herrn Bystron oder mit Herrn Glaser) an Stelle des Bezirksverbandes auftreten. Obwohl wir diese Versammlungen arrangiert hatten, durfte in der Einladung unser Bezirksverband nicht genannt werden und ich durfte als Vorsitzender die Redner nicht begrüßen). Stets war der Entzug von Zuschüssen bzw. weitere Parteiordnungsmaßnahmen angedroht.

5.) Zweites Klageverfahren vor dem Landgericht

Wegen der fortgesetzten Missachtung von Schiedsgerichtsentscheidung (BSG) und einstweiliger Verfügung des Landgerichtes waren wir als Bezirksvorstand Frühjahr 2015 erneut gezwungen zivilrechtlich zur Durchsetzung unserer festgestellten Rechte als Bezirksvorstand im Interesse des Bezirksverbandes gegen den Landesverband, vertreten durch den Landesvorstand vorzugehen. Aufgrund der innerparteilichen Situation war das Bundesschiedsgericht trotz mehrfacher Anrufungen nicht in der Lage, unsere Rechtsstellung gegenüber dem Landesverband zu gewährleisten und seinen vorläufigen Schiedsspruch durchzusetzen.

Die Verhandlung vor dem Landgericht erbrachte den Sachvortrag des Prozessvertreters der Beklagten, dass der Landesvorstand den Bezirksvorstand stets „im Amt gesehen“ und ihn auch so behandelt habe. Diese in der Verhandlung abgegebene Erklärung war wissentlich wahrheitswidrig.

Dem Gericht lag außerdem eine wenige Tage vor der Verhandlung eingegangene schriftliche Äußerung des Bundesschiedsgerichtes vor, demnach der mittelfränkische Bezirksvorstand mit allen Rechten im Amt sei, weil die Amtsenthebung aufgrund eingelegte Rechtsmittel nicht vollziehbar gewesen ist.

Die vorsitzende Richterin stellte daraufhin fest, dass mangels Rechtsschutzinteresse keine Entscheidungsnotwendigkeit bestehe, weil die Beklagte die Feststellung der verlangten Rechtslage eingeräumt hat und riet zur Klagerücknahme. Ihre Kostenentscheidung ging wegen der Klagerücknahme zu Lasten des Bezirksverbandes als Kläger.

6.) Alter Landesvorstand als Kostenverursacher

Aus dieser belegbaren Prozesshistorie (außergerichtlicher und gerichtlicher Schriftwechsel) ist eindeutig ersichtlich, dass sich der damalige Landesvorstand der Fehlerhaftigkeit seines Verhaltens bewusst war und dies letztlich auch vor Gericht einräumte. Dennoch hatte er bis zum Schluss uns an der Amtsausübung gehindert und damit die entstandenen Kosten provoziert.

Anstatt dass der neu gewählte Bezirksvorstand nunmehr diese dem Bezirksverband entstandenen und von mir aus meinen Privatmitteln verauslagten Kosten ersetzt und diese dann vom Landesverband auf der Basis der festgestellten Sach- und Rechtslage einfordert, bestreitet er meinen berechtigten Anspruch und gibt diese irreführende Erklärung ab.

Er tut dies im Wissen um das derzeit anhängige außergerichtliche Schlichtungsverfahren unter Federführung des beauftragten Landesvorstandsmitglied Hebner und in Kenntnis meiner grundsätzlichen Bereitschaft zu einer außergerichtlichen Einigung, wenn damit meine Reputation als untadeliger Mensch und Kaufmann wieder hergestellt wird.

Ich muss daraus schließen, dass der derzeitige Bezirksvorstand unter Vorgabe oberflächlicher Gründe und Fehlinterpretation nicht an einer gütlichen Einigung interessiert ist.

Von den damaligen Mitgliedern des Landesvorstandes sind alle bis auf Herrn Meier aus der Partei ausgetreten und zur Lucke-Partei ALFA gewechselt.

Verehrte Mitstreiter, ich bitte Sie, meine und die Erklärung des amtierenden Vorstandes abzuwägen in der Hoffnung, dass diese streitige Angelegenheit mit Ihrem Votum zu einem gütlichen Ende gebracht werden wird.

Die Mitglieder des damaligen Bezirksvorstandes Hirscher und von Hesler sind zwischenzeitlich aus der Partei ausgetreten, Hay und Ruppert waren und sind auch weiterhin ehrenamtlich für unsere Partei tätig. Wir haben uns nichts zu Schulden kommen lassen und unser Amt nach bestem Wissen und Gewissen ausgeübt. Wir haben es nicht verdient in solch ungerechter und unflätiger Weise behandelt zu werden, wie das auch auf den beiden letzten Bezirksversammlungen geschehen ist. Wir wurden unter dem Eindruck übelster Beschimpfungen durch einzelne von der Mitgliederversammlung nicht entlastet. Ich selbst wurde von einem Mitglied, das anschließend zum Vorsitzenden gewählt wurde, als unfähig beschimpft und als Straftäter (Untreue) beschuldigt. Dieser Mann hat sogar Strafanzeige gegen mich gestellt, die zwischenzeitlich von der Staatsanwaltschaft eingestellt wurde – wie meine eigene Selbstanzeige übrigens ebenfalls.

Dennoch bin ich bereit, für die Partei Verantwortung zu übernehmen und arbeite derzeit im Kreisverband Nürnberg-Schwabach als Schatzmeister im Vorstand mit. Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen und um die Wiederherstellung meiner Ehre, aber auch um Anerkennung meiner Verdienste für die Partei sowie um Erstattung zumindest eines Teils der verauslagten Kosten. Denn unser Bezirksverband war damals in seiner Zahlungsfähigkeit zu schützen. Mit meinem Einsatz habe ich die Partei letztlich vor Schaden bewahrt.

Mit größter Wertschätzung

Ihr

Dr. sc. nat. Dipl.-Kfm. Wolfgang M. Dörner

Schatzmeister KV Nürnberg/Schwabach / vormals (vom 21.04.2013 bis 25.04.2015) Bezirksvorsitzender
Mittelfranken der AfD Bayern

Alternative für Deutschland

Kreisverband Nürnberg / Schwabach
Postfach 1341
90003 Nürnberg